

Stadtrat der Stadt St.Gallen
Rathaus
9001 St.Gallen

St.Gallen, den 17. Februar 2021

Einfache Anfrage

Eingereicht von Etrit Hasler (SP/JuSO/PfG)

Bettelverbot in St.Gallen – Verstoss gegen die Menschenrechte?

Am 19. Januar hat der europäische Gerichtshof für Menschenrechte EGMR im Urteil « Lactatus c. la Suisse » (14065/15) die Schweiz im Fall einer nicht in der Schweiz wohnhaften Bettlerin verurteilt, die aufgrund von Verstössen gegen das Bettelverbot im Kanton Genf zu einer Busse verurteilt wurde. Da die Person die Busse nicht bezahlen konnte, wurde die Busse in eine Gefängnisstrafe umgewandelt, was gem. EGMR einen Verstoss gegen Art. 8 (Recht auf Achtung des Privatlebens) der europäischen Menschenrechtskonvention bedeutet.

In einer Beurteilung des Falls im Basler Magazin «Bajour» kommt der emeritierte Professor Peter Albrecht zum Schluss, dass «ein allgemeines Bettelverbot nicht zulässig ist». Zulässig seien beispielsweise ein Verbot von «aggressivem und bandenmässigem Betteln», nicht aber ein generelles Verbot, das auf den Einzelfall keinerlei Rücksicht nimmt.

Auch die Stadt St.Gallen kennt in Ihrem Polizeireglement ein generelles Bettelverbot. Der Geschäftsbericht der Stadt St.Gallen weist für das Jahr 2019 60 Wegweisungen und/oder Fernhaltungen aufgrund von Verstössen gegen das Bettelverbot aus.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Stadt um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Wie ist die aktuelle Handhabung in Bezug auf das Bettelverbot in der Stadt St.Gallen? Werden nur Wegweisungen/Fernhaltungen verfügt oder werden auch Bussen ausgeteilt?
- Falls auch Bussen wegen Verstössen gegen das Bettelverbot ausgestellt werden, um wie viele handelt es sich und wie hoch waren diese in den Jahren 2019 und 2020?
- Wird die Durchsetzung des Bettelverbotes aufgrund des EGMR-Urteils derzeit ausgesetzt?
- Prüft Stadtrat bereits, ob die Bestimmung aufgrund des EGMR-Urteils gestrichen oder zumindest angepasst werden muss?